

Bund der Steuerzahler Hessen e.V. - Erhöhung für Beamte und Pensionäre geht zu weit

24.04.2013

Erhöhung für Beamte und Pensionäre geht zu weit

BdSt Hessen fordert bescheidenere Erhöhung für Beamte und Nullrunde für Pensionäre



Foto: Michael

Grabscheit / pixelio.de Der BdSt Hessen lehnt die von der schwarz-gelben Regierungskoalition beschlossene 5,6-prozentige Besoldungs- und Pensionssteigerung für 2013/14 ab. Die Zuwächse für die aktiven Landesbeamten in Hessen sollten wie in anderen Bundesländern deutlich niedriger ausfallen als der Tarifabschluss im öffentlichen Dienst. Für die Pensionäre fordert der BdSt Hessen eine Nullrunde. "Wenn die Politiker wirklich aus der Schuldenspirale heraus wollen, dann müssen sie besonders die Personalausgaben in Schach halten. Die vorgesehene weitgehende Übertragung des Tarifabschlusses auf Beamte und Pensionäre in Hessen wird diesem Anspruch nicht gerecht", kritisiert Joachim Papendick, Vorsitzender des hessischen Steuerzahlerbunds.

Der BdSt Hessen begründet die Abstriche für die Beamten und Versorgungsempfänger mit der dramatischen finanziellen Situation des Landes. Trotz Steuereinnahmen auf Rekordniveau gehörte Hessen im vergangenen Jahr weiterhin zu den Flächenländern mit der höchsten Pro-Kopf-Neuverschuldung. Auch 2013 plant Hessen mit 213 Euro pro Einwohner eine Nettokreditaufnahme ein, die wieder zu den drei höchsten unter den Flächenländern zählt.

Die Forderung nach einer Nullrunde für die Beamtenpensionäre im Jahr 2013 begründet der hessische Steuerzahlerbund mit den drastisch steigenden Versorgungslasten. Die Versorgungsausgaben im hessischen Landesetat betragen derzeit schon über 2 Milliarden Euro und werden in Zukunft noch deutlich ansteigen. Auch angesichts der geringen Rentenerhöhung sei ein hoher Zuwachs für Pensionäre aus Sicht des BdSt Hessen nicht vertretbar. Die gesetzlich Rentenversicherten müssen in diesem Jahr mit einem Anstieg von 0,25 Prozent ab 1. Juli 2013 vorlieb nehmen. Diese äußerst bescheidene Zuwachsrate bei den Renten hat ihre Ursache auch im sogenannten Nachhaltigkeitsfaktor, den es in der Beamtenversorgung nach wie vor nicht gibt. "Es ist der Öffentlichkeit nicht zu vermitteln, dass 2013 in Hessen die Beamtenpensionen mehr als zehnmals so stark wie die Renten steigen sollen", kritisiert Papendick. Der Verband weist auch darauf hin, dass es nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts keine Verpflichtung für den Gesetzgeber gebe, Besoldungs- und Versorgungsanpassungen im Gleichschritt vorzunehmen.

Der BdSt Hessen fordert angesichts der geschilderten Problemlage, dem Beispiel anderer Bundesländer zu folgen. Das benachbarte Nordrhein-Westfalen strebt 2013 beispielsweise lediglich in den unteren Beamtengruppen eine Besoldungserhöhung von 2,65 Prozent an. Für die mittleren Besoldungsgruppen soll die Erhöhung ein Prozent betragen. Höhere Besoldungsgruppen erhalten keine Erhöhung. Das überschuldete Bremen hat sich diesem "NRW-Modell" angeschlossen. In Rheinland-Pfalz hat man sich angesichts der prekären Haushaltssituation in der laufenden Legislaturperiode auf eine jährliche Steigerung von lediglich einem Prozent verständigt. Auch in Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg gibt es abweichende Regelungen zum Tarifabschluss bzw. werden diese angestrebt, um die Belastungen für die Personaletats zu begrenzen.

URL dieser Seite: http://www.steuerzahler-hessen.de/wcsite.php?wc_c=53339&wc_id=62361&wc_p=1&wc_lkm=214